

PLANZEICHNUNG Teil A



PLANZEICHENERKLÄRUNG zu Teil A

1. **ART DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB**
- SO-PV** Sonstiges Sondergebiet (SO-1/PV bis SO-3/PV) gem. § 11 Abs. 2 BauNVO mit der Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage
2. **MAß DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB**
- GRZ 0,60 Maximale Grundflächenzahl gem. § 16 und 19 BauNVO
- H_{max} 3,5 m Maximal zulässige Anlagenhöhe gem. § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO
3. **BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 Abs. 1 u. 3 BauNVO**
- Baugrenze
4. **VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)**
- Verkehrsflächen, Privat
- Ein- bzw. Ausfahrt und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen
5. **FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)**
- Flächen für Versorgungsanlagen
- Zweckbestimmung Freileitungen – Bestand
- Zweckbestimmung Umspannwerk der Photovoltaik-Freiflächenanlage – Planung
6. **GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)**
- Grünfläche, Privat
7. **PLANUNG, NUTZUNGSREGELUNGEN, MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)**
- M1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- M2 Maßnahmenfläche M2: 5,00 m Heckenpflanzung
- M1 Maßnahmenfläche M1: Entwicklung von extensivem Grünland
- M2 Maßnahmenfläche M2: 5,00 m Heckenpflanzung
- M1 Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 lit. b)
8. **NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (§ 9 Abs. 6 BauGB)**
- Elektro-Leitungen, oberirdisch
- E 110 kv DB - Freileitung der Deutschen Bahn AG
- E 110 kv e.dis - Freileitung der E.DIS AG
- E 380 kv- 50hertz - Freileitung der 50Hertz Transmission GmbH
- Umgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“
9. **SONSTIGE PLANZEICHEN**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
10. **DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER**
- Flurstücksgrenze mit Flurstücksbezeichnung
- Gemarkungsgrenze Rehagen - Klausdorf

RECHTSGRUNDLAGEN

BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6)

BauNVO: BauNutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6)

PlanZV: Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)

BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022

BbgNatSchAG: Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13 Nr. 3), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28)

BbgBO: Brandenburgische Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GVBl. I/21, [Nr. 5])

BbgKVerf: Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Juni 2022 (GVBl. I/22, [Nr. 18], S. 6)

Als Maßnahmeninitialisierung ist in einer Dichte von mindestens 50 % der mit M1 bezeichneten Maßnahmenflächen eine Regio-Saatgutmischung des Ursprungsgebietes 4 – Ostdeutsches Tiefland (Mischung für Extensivgrünland sandiger Standorte) auszubringen.

Im Zuge der Herstellung der Maßnahmenflächen sowie der anschließenden Bewirtschaftung sind die Vorgaben zur Fertigstellungs-, Entwicklungs- sowie Unterhaltungspflege gem. DIN 18916, 18917 und 18919 zu berücksichtigen.

Um Verletzungen der Zugangsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG im Zuge der erforderlichen Pflegemaßnahmen für die Artengruppe Vogel vorab ausschließen zu können, sind auf der Maßnahmenfläche erforderliche Pflegemaßnahmen grundsätzlich nur außerhalb der Hauptbrutzeit (01.03.–15.07.) im Zeitraum 16.07.–28./29.02. eines Folgejahres zulässig. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des LK Teltow-Fläming können abweichende Mahdtermine vereinbart werden, wenn gewichtige Gründe (bspw. vermehrtes Auftreten von Jakobs-Kreuzkraut) vorliegen.

Im Rahmen der Fertigstellungs- und Entwicklungs- sowie Unterhaltungspflege (1.–5. Jahr) ist maximal 2 × jährlich, eine Mahd außerhalb der Hauptbrutzeit oder eine Beweidung mit Schafen durchzuführen, wobei das anfallende Mahdgut zur Ausagerung des Standortes von der Fläche zu beraumen ist.

Im Rahmen der sich anschließenden Unterhaltungspflege ist je nach vorhandener Nährstoffverfügbarkeit im Boden und dem daraus resultierenden Aufwuchs höchstens 1 × jährlich, aber mindestens alle 3 Jahre, bis zum, eine Mahd außerhalb der Hauptbrutzeit oder eine Beweidung mit Schafen durchzuführen. Das Mahdgut ist von der Fläche zu beraumen.

Teil B - TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. **ART DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB**
- 1.1 Es werden drei Sonstige Sondergebiete SO-1/PV bis SO-3/PV gem. § 11 Abs. 2 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ festgesetzt.
- 1.2 In den Sonstigen Sondergebieten sind zulässig:
- das Aufstellen von Solarmodulen
 - das Errichten der notwendigen Trafostationen, erforderlicher Brandschutzeinrichtungen (z. B. Löschwasserzisternen) inkl. dafür notwendiger Erschließungsflächen für die Feuerwehr in Teilversegelung, eines Sicherheitszaunes inkl. Tore, von Kameramasten zur Überwachung der Anlagen (wenn erforderlich) und sonstiger erforderlicher betriebsbedingter Nebenanlagen
 - das Verlegen von Kabeln ausschließlich als Erdkabel in min. 0,8 Meter Tiefe
 - die Anlage zusätzlich erforderlicher Park- und Rangierflächen und vergrößerter Kurvenradien und Wendebereiche in Teilversegelung
 - die Anlage erforderlicher Erschließungswege (unversiegelt), die als Fahrspuren ausschließlich für die Wartungsfahrzeuge genutzt werden
- 1.3 Nach Ablauf der Betriebsdauer sind die Flächen in ihren Urzustand zurückzusetzen. Alle technischen Anlagen und Gebäude sind abzubauen. Als Folgenutzung gilt wieder entsprechend dem Ausgangszustand vor dieser Sondernutzung die planungsrechtliche Situation als landwirtschaftliche Nutzfläche.
2. **MAß DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 (1) Nr. 1 und 4 BauGB**
- 2.1 Für das Maß der baulichen Anlage wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 festgesetzt. Dies entspricht einem Anteil von max. 60 % der überbaubaren Sondergebietsfläche durch die Solarmodule einschließlich der Überschrümmung durch die Modultische. Der Abstand zwischen den Modulreihen muss mindestens 2,50 Meter betragen.
- 2.2 Die maximal zulässige Höhe der Module (PV-Freifläche) beträgt 3,50 Meter und darf nicht überschritten werden.
- 2.3 Die maximal zulässige Höhe der notwendigen Trafostationen beträgt 4,80 Meter.
- 2.4 Die maximal zulässige Bauhöhe des Sicherheitszaunes beträgt 2,20 Meter inkl. Übersteigenschutz. Im Bodenbereich ist eine Bodenfreiheit von mind. 15 cm sicherzustellen, damit Kleintiere dauerhaft Durchschlupf finden. Der Sicherheitszaun ist im Abstand von mind. 0,5 Metern zu den nicht überplanten Grundstücksgrenzen zu errichten.
- 2.5 Die maximal zulässige Höhe erforderlicher Kameramasten zur Überwachung der Photovoltaik-Freiflächenanlage beträgt 5,00 Meter.
- 2.6 Als Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen gelten die im Amtlichen Lageplan festgestellten Geländehöhen als Geländeoberkante des gewachsenen Bodens gem. dem amtlichen Bezugssystem DHHN 2016.
- 2.7 Innerhalb der Sonstigen Sondergebiete ist eine maximale Grundfläche für erforderliche betriebsbedingte Nebenanlagen und zusätzlich erforderliche teilversiegelte Verkehrsflächen im Umfang von 0,5 % des Sonstigen Sondergebietes zulässig, wobei Teilversegelungen mit dem Faktor 0,5 angerechnet werden.
3. **BAUGRENZEN gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 Abs. 1 und 3 BauNVO**
- 3.1 Die Errichtung baulicher Anlagen ist ausschließlich innerhalb der dargestellten Baugrenzen zulässig. Ausgenommen hiervon sind der Sicherheitszaun sowie zusätzlich erforderliche Park- und Rangierflächen und vergrößerte Kurvenradien und Wendebereiche, die innerhalb des Sonstigen Sondergebietes auch außerhalb der dargestellten Baugrenzen zulässig sind.
4. **VERKEHRSFLÄCHEN gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB**
- 4.1 Die privaten Verkehrsflächen sind als „Schotterterrassen“ in Teilversegelung max. 4 Meter breit herzustellen, mit Ausnahme der in der Planzeichnung dargestellten verbreiterten Kurvenradien und Wendebereiche, und müssen für Fahrzeuge eine Tragfähigkeit von 10 Tonnen Achslast gewährleisten.
5. **FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB**
- 5.1 Als Maßnahme M1 ist in den mit M1 gekennzeichneten Flächen eine extensive Grünlandwirtschaft zu entwickeln und mittels eines brutvogelfreundlichen Pflegemanagements zu pflegen. Die Fläche der Maßnahme M1 entspricht der Abgrenzung der Sonstigen Sondergebiete und beträgt 448.940,4 Quadratmeter.

Als Maßnahmeninitialisierung ist in einer Dichte von mindestens 50 % der mit M1 bezeichneten Maßnahmenflächen eine Regio-Saatgutmischung des Ursprungsgebietes 4 – Ostdeutsches Tiefland (Mischung für Extensivgrünland sandiger Standorte) auszubringen.

Im Zuge der Herstellung der Maßnahmenflächen sowie der anschließenden Bewirtschaftung sind die Vorgaben zur Fertigstellungs-, Entwicklungs- sowie Unterhaltungspflege gem. DIN 18916, 18917 und 18919 zu berücksichtigen.

Um Verletzungen der Zugangsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG im Zuge der erforderlichen Pflegemaßnahmen für die Artengruppe Vogel vorab ausschließen zu können, sind auf der Maßnahmenfläche erforderliche Pflegemaßnahmen grundsätzlich nur außerhalb der Hauptbrutzeit (01.03.–15.07.) im Zeitraum 16.07.–28./29.02. eines Folgejahres zulässig. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des LK Teltow-Fläming können abweichende Mahdtermine vereinbart werden, wenn gewichtige Gründe (bspw. vermehrtes Auftreten von Jakobs-Kreuzkraut) vorliegen.

Im Rahmen der Fertigstellungs- und Entwicklungs- sowie Unterhaltungspflege (1.–5. Jahr) ist maximal 2 × jährlich, eine Mahd außerhalb der Hauptbrutzeit oder eine Beweidung mit Schafen durchzuführen, wobei das anfallende Mahdgut zur Ausagerung des Standortes von der Fläche zu beraumen ist.

Im Rahmen der sich anschließenden Unterhaltungspflege ist je nach vorhandener Nährstoffverfügbarkeit im Boden und dem daraus resultierenden Aufwuchs höchstens 1 × jährlich, aber mindestens alle 3 Jahre, bis zum, eine Mahd außerhalb der Hauptbrutzeit oder eine Beweidung mit Schafen durchzuführen. Das Mahdgut ist von der Fläche zu beraumen.

Die Mahd hat grundsätzlich mindestens 10 cm über Geländeoberkante stattfinden und ist vorzugsweise mit einem Messerbalkenmäherwerk durchzuführen, wobei damit die Verwendung konventioneller Mähwerke nicht ausgeschlossen ist.

Auf der Fläche grundsätzlich unzulässig sind das Ausbringen von Pestiziden, Pflanzenschutz- und Düngemitteln. Ausgenommen hiervon ist eine bedarfsweise Gesundungskalkung in der Maßnahmenfläche. Zudem sind jedwede Bodenbearbeitung sowie ein Pflegeumbbruch unzulässig. Eine Nachsaat bei Bedarf ist nur in Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.

6.2 Als Maßnahme M2 ist in den mit M2 gekennzeichneten Flächen eine landschaftstypische Heckenpflanzung zu entwickeln und dauerhaft zu pflegen. Die Maßnahmenfläche M2 hat eine Tiefe von 5,0 Metern und beträgt 2.040,8 Quadratmeter.

Innerhalb der Maßnahmenfläche M2 ist eine dreireihige Heckenpflanzung aus gebietsheimischen und standortgerechten Gehölzen zu pflanzen und dauerhaft zu pflegen.

Die Pflanzung der Sträucher erfolgt in einem Pflanz- und Reihenabstand von 1,50 Meter, wobei die Pflanzen mindestens der Qualität Str. 2zv. ohne Ballen 60/100 cm dreitriebig entsprechen müssen. Für die Pflanzungen sind folgende Arten vorgesehen:

| Artnamen | Deutscher Name |
|---------------------|--------------------------|
| Prunus spinosa | Schlehe |
| Crataegus monogyna | Eingriffeliger Weißdorn |
| Crataegus laevigata | Zweigriffeliger Weißdorn |
| Corylus avellana | Haselnuss |
| Rosa canina | Hundsrose |
| Euonymus europaeus | Pfeifenhütchen |
| Viburnum opulus | Gemeiner Schneeball |

Der Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz vom 02.12.2019, Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Landschaft“ ist bei der Pflanzenauswahl entsprechend zu berücksichtigen.

Für die Gehölzpflanzungen sind die Vorgaben zur Fertigstellungs-, Entwicklungs- und Unterhaltungspflege der DIN 18916, 18917 und 18919 beachten.

Die Maßnahmenfläche M2 dient als Kompensationsfläche, ist somit von jedweder Bebauung freizuhalten und vor eventuell auftretenden Beeinträchtigungen während der Bauzeit zu schützen.

7. HINWEISE

- 7.1 **HINWEISE ZUM BRANDSCHUTZ**
- Grundsätzlich sind die Vorgaben des DVGW - Arbeitsblattes W 405 sowie § 5 Abs. 2 BbgBO i. V. m. mit der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr zur Gewährleistung eines ausreichenden Brandschutzes im Rahmen der Bauausführung zu berücksichtigen.
- Gemäß den allgemeinen Anforderungen für die geplante Anlage ist zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung eine Löschwassermenge von mindestens 48 m³/h für die Dauer von 2 Stunden vorzuhalten. Dies kann gewährleistet werden durch:
- Löschwasserbrunnen nach DIN 14220 mit einem Löschwasserausanschluss nach DIN 14244, dessen Ergiebigkeit für mindestens 3 Stunden gewährleistet sein muss.
 - unterirdische Löschwasserbehälter nach DIN 14230
- Einzelheiten zur konkreten Ausführung sind mit der Brandschutzdienststelle und der örtlich zuständigen Feuerwehr im Baugenehmigungsverfahren abzustimmen. Die Feuerwehrfahrten und die Feuerwehrbewegungsflächen sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer Achslast bis zu 10 Tonnen und einem zulässigen Gesamtgewicht von 16 Tonnen befahren werden können. Die Feuerwehrzufahrt ist als solche zu kennzeichnen und ständig freizuhalten. Die Kennzeichnung muss von der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar sein.

7.2 HINWEISE ZUM GEWÄSSERSCHUTZ

Die erforderlichen Trafostationen sind entsprechend den Anforderungen des § 62 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5), i. V. m. den §§ 17, 18 und 34 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (VAVwSV) vom 19. Oktober 1995 (GVBl. II/95 [Nr. 68], S. 634), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Dezember 2009 (GVBl. II/09 [Nr. 46]), zu errichten und zu betreiben.

Die Trafostationen sind auf einer flüssigkeitsundurchlässigen Fläche herzustellen. Sie müssen dauerhaft beständig gegenüber den zu erwartenden Belastungen (chemisch, thermisch und mechanisch) sein.

7.3 HINWEISE ZUM DENKMALSCHUTZ

Im Geoportal des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums sind für die vom Vorhaben beanspruchten Flächen keine Bodendenkmale und Baudenkmale registriert.

Da ein Vorhandensein von bisher unerforschten Bodendenkmälen nicht ausgeschlossen ist, sind folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. IV/4 [Nr. 09], S. 215) zu beachten:

Sollten bei den erforderlichen Erdbauarbeiten Bodendenkmalsstrukturen (Steinsetzungen, Verfärbungen, Scherben, Knochen, Metallgegenstände etc.) freigelegt werden, ist dies unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Dezernat Bodendenkmalspflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT Wünsdorf (Tel. 033702 2111407, Fax. 033702 2111601) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming anzuzeigen.

Die Fundstätte ist mindestens 1 Woche nach der Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Die entdeckten Funde sind ablieferungspflichtig (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).

Die Bauausführungen sind über diese gesetzlichen Auflagen zu belehren. Baumaßnahmen können auch in der Brutzeit stattfinden, wenn vor Beginn der Brutzeit (01.03.) in den Baufeldern eine Vergrümmung durch die Anlage und

Erhaltung von Schwarzbrachen erfolgt, d. h. ab März alle 7 Tage grubbern oder eggen. Die Schwarzbrachen müssen spätestens bis zum 28./29.02. eines Jahres funktionsfähig hergestellt sein und bis zum Beginn der Baumaßnahmen oder bis zum Ende der Brutzeit (31.08.) aufrechterhalten werden.

Die Maßnahme ist durch eine ökologische Baubegleitung zu betreuen und mit der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming abzustimmen.

7.4 HINWEISE ZUM ARTENSCHUTZ

Vermeidungsmaßnahme V1 – Bauzeitenregelung für Brutvögel

Zum Schutz der im Offenland lebenden Brutvögel sind alle bauvorbereitenden Maßnahmen sowie Baumaßnahmen zur Errichtung der PV-Freiflächenanlage ausschließlich im Zeitraum vom 01.09. bis 28./29.02. eines Folgejahres zulässig. Baumaßnahmen auf der Vorhabenfläche, die vor Beginn der Brutzeit begonnen wurden, können sofern sie ohne Unterbrechung fortgesetzt werden, in der Brutzeit beendet werden. Eine mögliche Unterbrechung der Baumaßnahme darf höchstens 7 Tage betragen.

Baumaßnahmen können auch in der Brutzeit stattfinden, wenn vor Beginn der Brutzeit (01.03.) in den Baufeldern eine Vergrümmung durch die Anlage und Erhaltung von Schwarzbrachen erfolgt, d. h. ab März alle 7 Tage grubbern oder eggen. Die Schwarzbrachen müssen spätestens bis zum 28./29.02. eines Jahres funktionsfähig hergestellt sein und bis zum Beginn der Baumaßnahmen oder bis zum Ende der Brutzeit (31.08.) aufrechterhalten werden.

Die Maßnahme ist durch eine ökologische Baubegleitung zu betreuen und mit der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming abzustimmen.

VERFAHRENSVERMERKE

- Die Gemeindevertretung hat auf ihrer Sitzung am..... den Aufstellungsbeschluss gefasst.
- Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr.22.01 mit Begründung hat in der Zeit vom bis zur frühzeitigen Information der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ausgelegen. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte im Amtsblatt Nr. (Erscheinungsdatum). Im gleichen Zeitraum wurden die Behörden und weiteren betroffenen Träger öffentlicher Belange über die Planungsabsicht unterrichtet und ihnen Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB geben.
- Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Anregungen sowie die Stellungnahmen der beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange zum 2. Entwurf wurden von der Gemeindevertretung am geprüft und abgewogen. In der gleichen Sitzung wurde der Bebauungsplan Nr. 22-01 in der Fassung vom festgestellt sowie die Begründung gebilligt.

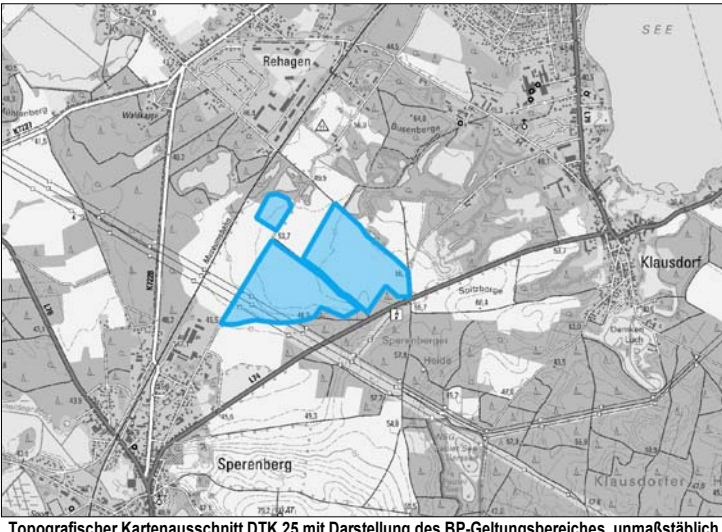
Am Mellensee den.....

Siegel Bürgermeister

Landkreis Teltow-Fläming
Gemeinde Am Mellensee

Voretwurf

Voretwurf zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB



Bebauungsplan Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ der Gemeinde Am Mellensee

Voretwurf

Stand 16.03.2023 Maßstab 1:2500

K.K-RegioPlan

Büro für Stadt- und Regionalplanung

Dipl.Ing.Karin Kostka
Doerfelstraße 12
16928 Pritzwalk

Tel: 03395 / 303996
Fax: 03395 / 300238
Mobil: 0172 9333842
e-Mail: kk-regio-plan@gmx.net